

Wochen gegen Rassismus und kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit
Antrag AfD-Gruppe

| Seite HH-Plan | Produktgruppe | Kontierungsobjekt | | Plankonto/FiPo |
|-----------------------------------|---------------|-------------------|---------|----------------|
| 224 | 2810-410 | | | |
| Aufwand (in Euro) | | | | |
| 2024 | 2025 | 2026 | 2027 | 2028 |
| -30.000 | -30.000 | -30.000 | -30.000 | -30.000 |
| Wählen Sie ein Element aus | | | | |
| 2024 | 2025 | 2026 | 2027 | 2028 |
| | | | | |

Der Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und ungerechtfertigte Ungleichbehandlung ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe und der Kampf gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung ist auch ein wichtiges Anliegen der Stadt Karlsruhe. Aus diesem Grund wurde die Verwaltung vom Gemeinderat auch mit großer Mehrheit beauftragt, einen Runden Tisch gegen Rassismus und Diskriminierung einzuberufen und an diesem die zukünftige kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit zu konzipieren. Das dort unter großer und breiter Beteiligung erarbeitete Positionspapier liegt gerade dem Gemeinderat zur Entscheidung vor.

Sowohl die „Internationalen Wochen gegen Rassismus in Karlsruhe“ als auch die sonstige kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit sind dafür wichtige Bausteine – und auch durch die Mitgliedschaft der Stadt Karlsruhe in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus ECCAR hat sich die Stadt zu einer Antirassismusarbeit verpflichtet.

Im Übrigen beachtet die Stadtverwaltung sowohl bei der Durchführung eigener Aktivitäten wie bei der Zuschussung von Aktivitäten und Veranstaltungen Dritter die gebotenen Regeln der parteipolitischen Neutralität.

Die Haushaltsmittel sind für die Aufgabenerfüllung erforderlich.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.